

Zwei leere Stühle

Die Endlagerkommission wird eingesetzt – ohne die Atomkraftkritiker. **Seite 2**



Ukrainisches Roulette

Zur weiterhin explosiven Lage und deren Wurzeln im Jahr 1989. **Seiten 4, 7 und 15**

Foto: Fotolia/ksdesign (links), AFP/Miguel Medina (rechts)

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 10. April 2014

69. Jahrgang/Nr. 85

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Mitsprache für die Zukunft

Markus Drescher über die fehlende Stimme der Sinti und Roma

Sinti und Roma sind einer Studie zufolge in Deutschland die Minderheiten, die am stärksten mit Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft konfrontiert sind. Amnesty International prangert an, dass Roma in Europa systematisch diskriminiert werden und ständig der Gefahr gewalttätiger – staatlicher wie nicht-staatlicher – Übergriffe ausgesetzt sind. So sieht die Gegenwart von Sinti und Roma aus.

In ihrer Vergangenheit wurden sie von den Nazis gezwungen für NS-Deutschland zu arbeiten, weshalb ihnen ein Platz im Kuratorium in der Zwangsarbeiterstiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« zusteht. Diese kümmert sich nicht nur um die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter, sondern fördert unter anderem auch Projekte, die dazu beitragen sollen, die Lebenssituation von Sinti und Roma zu verbessern. Da sollte es selbstverständlich sein, dass diejenigen, die am meisten über diese Lebenssituation wissen, auch mitreden können. Nicht nur, aber gerade jetzt in einer Zeit da kaum ein Tag vergeht, an dem nicht der Rassismus gegen die Betroffenen geschürt wird.

Dass sich die drei Verbände der Sinti und Roma nicht auf einen Vertreter einigen konnten, ist ein Grund, dass ihr Sitz bisher unbesetzt blieb. Als Ausrede dafür, dass es so bleibt, darf dies jedoch nicht weiter dienen. Wenn das mit der Verantwortung tatsächlich ernst genommen wird, müssen Stiftung und Bundestag eine kreative Lösung finden. Damit die Zukunft von Sinti und Roma mitgestaltet werden kann.

UNTEN LINKS

Nicht alle Abgeordneten der Linksfraktion konnten gestern im Plenum sein, als der Bundestag über einen Begleitschutz bei der Vernichtung syrischer Chemiewaffen abstimmte. Aber fast alle wollten sich doch zu Gehör bringen, damit ihre Fraktion den Pfad der Tugend nicht verlässt. Einer schickte sein dreifach begründetes Wenn-ich-da-wäre-Votum von Moskau aus an seine Kolleginnen und Kollegen und in die Medienwelt. Er vergaß nicht den Hinweis, dass er hier oder da »der Erste war«, der etwas gefordert hat, und dass er für dieses oder jenes »nach wie vor« sei. So wird eben formuliert, wenn man nicht sicher ist, ob alle Empfänger die Bedeutung der Wortmeldung und ihres Absenders auch gefällig einschätzen können. Doch ergreifend und prächtig sind die Sätze, mit denen der Rundbrief schließt: »Das sind meine Argumente. Über andere Argumente kann man in Ruhe diskutieren.« Kein Zweifel, das ist das ganz große Besteck eines politischen Denkens, das nur die Argumente von anderen für angreifbar hält. *jrs*

ISSN 0323-4940



Nicht mehr wegzudenken

Angela Merkel überrundet Helmut Schmidt – im Beharrungsvermögen

Berlin. Sie ist wahrlich nicht nur ein Schattenriss – vielmehr als Kanzlerin allgegenwärtig seit nunmehr 3062 Tagen. Und so mit dem heutigen 10. April 2014 länger im Amt als alle SPD-Kanzler vor ihr. Wer an diesem Mittwoch im Bundestag ihren Vortrag in einer seit Jahren als »Generaldebatte« oder »Schlagabtausch« ja sogar als »Elefantenrunde« hochgejubelten Folge von Rede und Gegenrede zwischen Regierung und Opposition über Haushalt und Finanzplanung hörte, musste sich wieder einmal verwundert die Augen reiben.

Das also ist die Frau, die – zumindest was ihr Beharrungsvermögen betrifft – Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder und noch dazu mit der tätigen Mithilfe deren Genossen in den Schatten stellt. Das also ist die erste weibliche Regierungschefin in Deutschland, die nicht nur die Männer in der eigenen Partei das Fürchten lehrte und Koalitionspartner rücksichtslos verbraucht, sondern auch in Europa unter allen Amtsbrüdern den Ton angibt. Merkel lobte ohne jede Leidenschaft die Große Koalition, zählte ohne spürbare Regung auf, was bisher von der Regierung in Gang gesetzt wurde. Oder flüchtete in dröge Allgemeinplätze: »Unser Handeln hängt aufs engste damit zusammen, was in der Welt passiert.« Tatsächlich? »Keine Idee darf ungenutzt bleiben. Unsere Kreativität ist der Treiber unseres Wohlstands.« Wirklich? So leidenschaftslos, so uninspiriert, so ganz ohne Visionen wie ihre bisherige achtjährige Regierungszeit war auch in der aktuellen Haushaltsdebatte ihre Reise in den politischen Alltag zwischen Rente, Mindestlohn, Ökostrom und Schuldenabbau. Und letztlich ließ sich diese Rede auf den schlichten Nenner bringen, dass die erfolgreiche Arbeit lediglich auf den Regierungsbänken Platz genommen hat. Die Opposition ist ohnehin sehr klein.

Die von Merkel vorgetragene Erkenntnis von der großen Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gilt im Zweifelsfalle nicht für das Klima im Hohen Hause. Insofern ist die mitunter in Unionskreisen heraufbeschworene Perspektive ihrer vierten Kanzlerkandidatur nicht für alle erbaulich – auch wenn sie im Falle eines Sieges dann nicht nur die Amtszeit Konrad Adenauers mit 5144 Tagen Regierungszeit überträfe und am 18. Dezember 2021 sogar ihren Ziehvater Helmut Kohl, der 5870 Tage im Kanzleramt zubrachte, hinter sich ließe. *oer Seite 5*

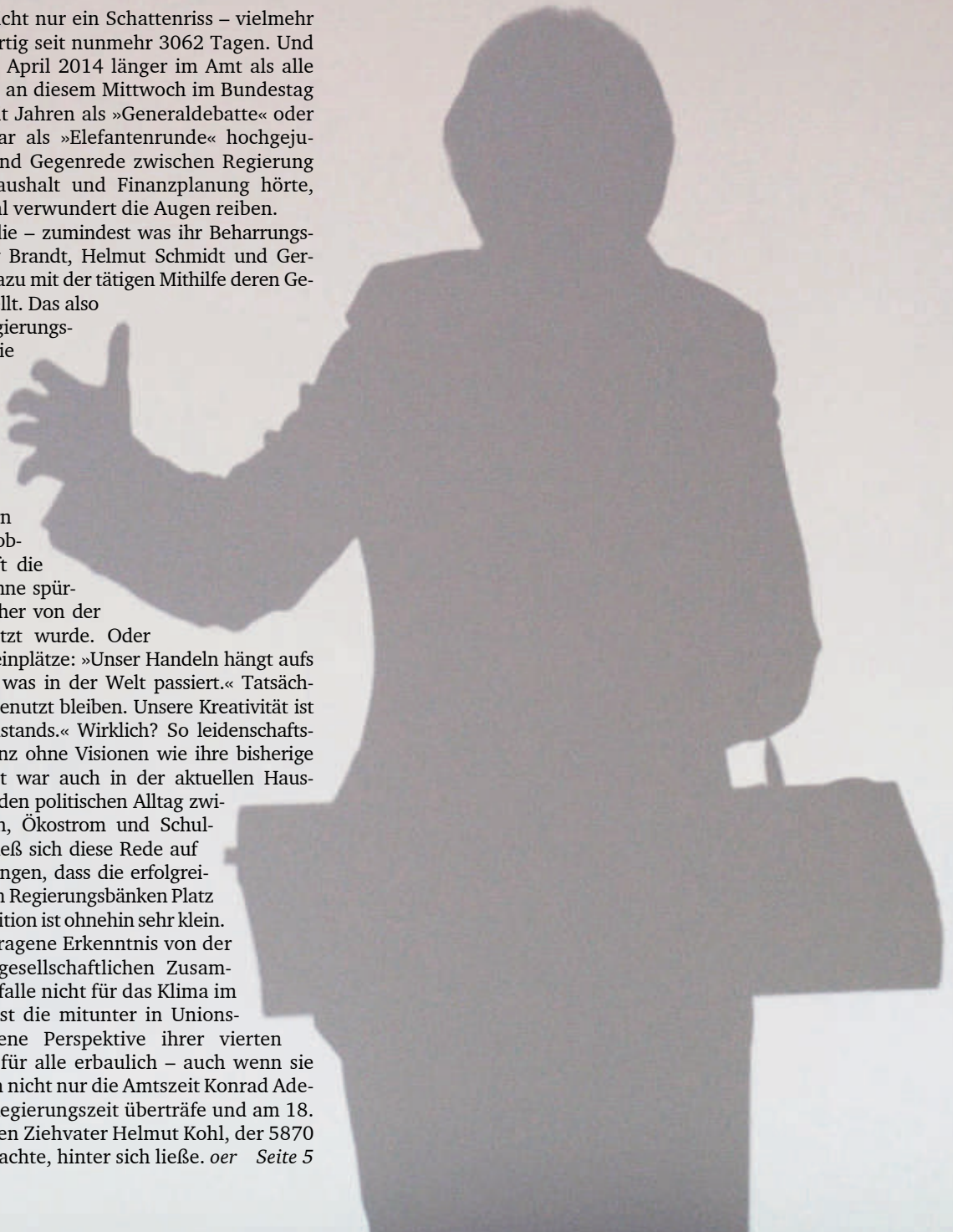


Foto: ddp/Steffi Loos

Sinti und Roma wollen mit an den Tisch

Verband fordert Lösung im Konflikt um Vertretung in Zwangsarbeiterstiftung

In der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« steht Sinti und Roma ein Platz zu. Doch Verbände können sich nicht auf einen Vertreter einigen. Der Bundestag soll eine Lösung finden.

Von Rainer Balcerowiak

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma fordert, dass endlich ein Vertreter dieser Volksgruppen in das Kuratorium der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« (EVZ) zur Entschädigung von Zwangsarbeitern berufen wird. Man habe sich jetzt erneut an die Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen gewandt, mit der Bitte, diesen »rechtswidrigen und eine Minderheit herabsetzenden Zustand« zu beenden, so der Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose, am Mittwoch in Berlin.

Hintergrund der Auseinandersetzung ist eine Festlegung im Stiftungsgesetz, dass der Bundestag im August 2000 verab-

schiedete, um einen institutionellen Rahmen für die Entschädigung von Zwangsarbeitern aus der Zeit der NS-Diktatur zu schaffen. Dort wurde festgelegt, dass sich die verschiedenen Organisationen der Sinti und Roma auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Kuratorium einigen müssten. Dabei hätte allen Beteiligten bereits damals klar sein müssen, dass dies nicht möglich sein würde, so Rose. Und tatsächlich seien alle Versuche gescheitert, sich mit der erst im Jahr 2000 gegründeten Sinti-Allianz und der Internationalen Roma-Union auf einen gemeinsamen Vertreter zu verständigen.

Der Justiziar des Zentralrats, Arnold Roßberg, betonte, dass es seinem Verband nicht darum gehe, einen Alleinvertretungsanspruch für alle Sinti und Roma in Deutschland durchzusetzen. Nicht hinnehmbar sei aber, dass den Vertretern dieser Gruppen nicht nur Sitz und Stimme im Kuratori-

um verweigert werde, sondern auch die Teilnahme an den Sitzungen ohne Stimmrecht oder Einsicht in die Sitzungsprotokolle. Dabei sei es in dem Gremium des

In den vergangenen 14 Jahren hat es nicht an Ideen und Initiativen gefehlt, die missliche Situation zu überwinden.

Öfteren sowohl um individuelle Entschädigungen für Sinti und Roma als auch um kulturelle und soziale Förderprojekte gegangen. Es sei wohl unbestreitbar, dass in diesen Fragen »niemand mehr Kompetenz hat, als die Betroffenen selbst«, so Rose.

In den vergangenen 14 Jahren hat es nicht an Ideen und Initiativen gefehlt, die missliche Situa-

tion zu überwinden. Mehrfach hatten auch die Vertreter des Bundes und der Fraktionen angekündigt, eine Neuregelung der Vertretung der Sinti und Roma auf den Weg zu bringen. Doch sowohl der Vorschlag einer Teilnahme der Vertreter der drei Organisationen an den Sitzungen ohne Stimmrecht als auch die Möglichkeit, nur bei Einigkeit abzustimmen, wurde verworfen.

In einem Rechtsgutachten kam der frühere Vize-Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Ernst Gottfried Mahrenholz, im Juli 2013 zu dem Ergebnis, dass der faktische Ausschluss der Sinti und Roma rechtswidrig sei, da »der Zweck des Stiftungsgesetzes in unverantwortlicher Weise nicht erfüllt werden kann und deshalb seit langem eine schleunige Abhilfe geboten ist«. Auch am Mittwoch bekräftigte Mahrenholz diese Position und forderte Bundesregierung und Parteien auf, schleunigst Abhilfe zu schaffen.

Krise in Zentralafrika

1,6 Millionen Menschen sind auf Nothilfe angewiesen. **Seite 3**



Vorsitzender des NSA-Ausschusses tritt zurück

Clemens Binninger (CDU) gibt Posten mit sofortiger Wirkung auf

Berlin. Das ging schnell. Nur sechs Tage nach der ersten Sitzung des NSA-Untersuchungsausschusses hat der Vorsitzende des Gremiums, Clemens Binninger (CDU), überraschend seinen Rücktritt erklärt. Nachfolger wird der CDU-Obmann im Ausschuss, Patrick Sensburg. Als einen Grund für seinen Rückzug nannte Binninger am Mittwoch den Streit mit der Opposition über die Vernehmung des Ex-Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden. In einer persönlichen Erklärung warf er der Opposition vor, den Ausschuss für parteipolitische Profilierung zu missbrauchen. Der CDU-Politiker hatte zuvor immer wieder betont, dass er eine Vorladung des NSA-Whistleblowers Snowden für unnötig halte. Grüne und LINKE wollen auf der heutigen Sitzung des Ausschusses den Antrag zur Ladung Snowdens beschließen.

Beide Oppositionsparteien zeigten sich überrascht von dem plötzlichen Rückzug Binningers. Die beiden Ausschussmitglieder der LINKEN, Martina Renner und André Hahn, beklagten, die Union sei offenbar noch nicht bereit zu akzeptieren, dass Snowden ein wichtiger Zeuge sei. Der Grünen-Obmann Konstantin von Notz vermutete, dass auf Binninger massiver Druck aus Fraktionsführung und Kanzleramt ausgeübt wurde. Auch sein Parteikollege Hans-Christian Ströbele mutmaßte, dass die Koalitionsfraktionen und das Kanzleramt Druck auf Binninger ausgeübt hätten, um eine Vernehmung Snowdens im Ausschuss zu verhindern. *nd/dpa Seite 6*

Bundestag billigt Militärmission

Fünf LINKE-Abgeordnete stimmen für Bundeswehreinsatz zur Vernichtung syrischer Chemiewaffen

Berlin. Der Bundestag hat am Mittwoch mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen den Bundeswehreinsatz zur Absicherung der Vernichtung syrischer Chemiewaffen gebilligt. Für die Mission stimmten 535 Abgeordnete, darunter fünf Linke. Es gab 35 Gegenstimmen sowie 19 Enthaltungen. »Es geht hier um einen konkreten Beitrag zur Abrüstung«, betonte der SPD-Politiker Rolf Mützenich. Der Verteidigungsexperte der Grünen, Omid Nouripour, bedauerte, dass kein einstimmiges Votum des Parlaments erreicht werden könne.

Das beschlossene Mandat sieht vor, dass die Bundeswehr mit 300 Soldaten und einer Fregatte den Einsatz des US-Schiffs »Cape Ray« schützen soll. Dort sollen 560 Tonnen Giftstoffe unschädlich gemacht werden. In der Debatte sagte der Abrüstungsexperte der Linksfraktion, Jan van Aken: »Es ist völlig richtig und wichtig, dass die syrischen Chemiewaffen jetzt vollständig vernichtet werden.« Allerdings gebe es in seiner Partei Bedenken gegen eine »systematische Ausweitung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr«. Auch dass die Aktion unter Regie der NATO erfolge, gebe »Grund zum Misstrauen«. Van Aken enthielt sich der Stimme. Die LINKE lehnt Bundeswehreinsätze im Ausland in der Regel ab. In diesem Fall hatten sich Teile der Fraktion jedoch für ein Ja oder eine Enthaltung stark gemacht. *Agenturen/nd Seite 5*

► Heute auf Seite 10
Gesund leben

Homöopathie: Hochschule für
Globulianbeter geplätzt
Früherkennung: Nicht alles nützt